

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortlichkeiten:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppeheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 96.

Donnerstag den 19. August 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Die Interalliierte Kommission hat am 16. August die Verwaltung des ost- und westpreussischen Abstimmungsgebietes an Deutschland zurückgegeben.

In der Entscheidung der Votschasterkonferenz über das ostpreussische Abstimmungsgebiet werden drei ostpreussische Ortlichkeiten den Polen zugesprochen. Nach Ansicht der deutschen Regierung ist diese Entscheidung durch die Rückgabe des Gebietes bereits überholt.

Der Volkswirtschaftsausschuss des Reichstages hat die Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft für den 15. September festgesetzt.

Die englische Regierung hält an ihrer russischen Politik fest, so lange die Unabhängigkeit Polens von den Russen unangefastet bleibt.

Die englischen Gewerkschaften haben einen Aktionsausschuss geschaffen, der jede Einmischung in Rußland vereiteln soll.

Nördlich und östlich Warschau haben die Polen eine Entlastungsoperation eingeleitet und bedeutende Erfolge erzielt.

Der Vormarsch der Russen auf Graudenz und Thorn macht weitere Fortschritte.

Die polnische Friedensdelegation hat die russischen Friedensbedingungen entgegengenommen und nach Warschau übermietet.

Die Ostmark wieder deutsch.

Rückgabe der Abstimmungsgebiete.

Nach monatelanger Trennung ist die deutsche Ostmark seit dem 16. August wieder mit Deutschland vereint. Wie aus einer Bekanntmachung des Reichs- und Staatskommissars Herrn v. Gahl hervorgeht, hat die Interalliierte Kommission am gleichen Tage die Verwaltung des ost- und westpreussischen Abstimmungsgebietes an das Deutsche Reich und Preußen zurückgegeben. Die alten Reichs- und Staatsbehörden sind wieder in ihre alte Zuständigkeit eingetreten. Der Kreis Olsztyn fällt an den Regierungsbezirk Gumbinnen zurück. Von nun an gelten die Gesetze und die Verordnungen des Deutschen Reiches und des preussischen Staates wieder in vollem Umfang.

Die Übernahme der Verwaltung.

Am Montag morgen verabschiedete sich die Interalliierte Kommission von den deutschen Behörden in Allenstein. Der Chef der Mission bezeichnete in einer kurzen Ansprache die Aufgabe der Kommission als beendet und sprach den deutschen Behörden für ihre Mitarbeit seinen Dank aus. Hierauf nahm der Reichskommissar v. Gahl die Verwaltung aus den Händen der Kommission zurück und führte in einer Ansprache aus, die Erinnerung an die Abstimmungszeit werde in der Bevölkerung dauernd lebendig bleiben.

Der Willkommensgruß der Reichsregierung.

Der Reichspräsident und der Reichskanzler haben an die Bevölkerung der Abstimmungsgebiete eine Kundgebung gerichtet, in der sie die zur Heimat wiederkehrenden Volksgenossen der Abstimmungsgebiete im Rahmen des deutschen Volkes willkommen heißen und ihrer unerschütterlichen Standhaftigkeit und unermüdlichen Hingabe mit Anerkennung Worten gedenken. Weiter heißt es in der Kundgebung über das Schicksal derjenigen Volksgenossen, die durch die jüngste Entscheidung der Alliierten über das Weichselufer von Deutschland losgerissen wurden:

„Nicht alle Stimmen, die nach der Wiedervereinigung riefen, sind erhört worden. Mit Schmerz und Vermissen wir an diesem Tage die Brüder, die ein harter Spruch aus den deutschen Grenzen gedrängt hat. Und mit Leid denken wir aller Volksgenossen, deren Sehnsucht sich heute wie immer nach der alten Heimat richtet. Auch ihnen sendet das gefesselte Deutschland seine Gräße. Aber durch die trüben Wolken, die auf Deutschland lagern, ist doch ein heller Lichtstrahl gedrungen: Als Ihr Euren Willen bekennt, daß das Deutsche Reich eure Heimat sei und bleibe, mit der Ihr Leid und Kummer teilen wollt, wie vereint Glück und Wohlstand, da richtet an Eurer Treue sich viele bräutliche Herzen auf. Fern liegen uns Empfindungen des Triumphes. Dazu ist uns zuviel genommen und verschlagen. Auch soll die Stimme der Menschlichkeit, heute nicht fehlen. Den nationalen Minderheiten insbesondere ist Schutz und Duldsamkeit in unserer Mitte sicher.“

Der Dank des Reichspräsidenten an die Ost- und Westpreußen schließt den Dank an jene Männer ein, die in vorbildlicher Weise den erfolgreichen Abstimmungskampf geführt haben.

Ein schriller Mixtur.

Im Anschluß an das Eintreffen des Reichspräsidenten von Oppen und des Oberbürgermeisters Bälch in Allenstein, die von einer gewaltigen Menschenmenge auf das herzlichste begrüßt wurden, kam es vor dem Rathaus, wohin sich die Angekommenen begeben hatten, zu Ausschreitungen und Unruhen.

mente, die laut „Allenstein Zeitung“ den aus dem Hauptportal heraustrittenden Oberbürgermeister von der Treppe herunterzureißen suchten und ihm einen Stockhieb über den Kopf versetzten. Die Sicherheitspolizei machte von der blanken Waffe Gebrauch und schürte den Rathausplatz von den Ruhestörern, die daraufhin in der Wilhelmstraße das Pflaster aufreissen und die Sicherheitspolizei mit Steinen bewarfen. Durch Abgabe einiger Schüsse wurden die Ruhestörer zerstreut.

Die Entscheidung über das ostpreussische Abstimmungsgebiet.

Die Votschasterkonferenz in Paris hat am Sonntag abend dem deutschen Geschäftsträger ihre Entscheidung über das ostpreussische Abstimmungsgebiet mitgeteilt. In dieser Entscheidung wird bestimmt, daß die Orte Bodenfelde, Kleinnappern und Großfalken an Polen fallen. Die Entscheidung dürfte jedoch durch die Tatsache überholt sein, daß die interalliierte Kommission bei ihrem Abzug aus Allenstein das gesamte Abstimmungsgebiet mit Einschluß der genannten Orte an den Reichskommissar Freiherrn v. Gahl übergeben hat. Die Festlegung der Grenze an Ort und Stelle wird von einer im Friedensvertrage vorgesehenen Kommission vorgenommen.

Das Gemeindebeamtenrecht.

Neuregelung der Gehalts- und Ruhegehaltsbezüge.

Das preussische Ministerium des Innern veröffentlicht zu dem Gesetz vom 8. Juli 1920 betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts Ausführungsbestimmungen.

Zu den Vorschriften des Gesetzes im einzelnen ist besonders zu bemerken, daß die Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge der in der Zeit vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1920 einschließlich in den Ruhestand versetzten oder im Amt verstorbenen Gemeindebeamten nach den neuen Befoldungsvorschriften vom 1. April 1920 ab zu berechnen sind. Der Höchstsatz des Ruhegehaltes aller Gemeindebeamten beträgt, sofern er nicht durch Zahlung erhöht ist, allgemein $\frac{4}{100}$ des Ruhegehaltsfähigen Dienstverdienstes. Die bisherige Beschränkung des Höchstsatzes bei Bürgermeistern und besoldeten Magistratsmitgliedern auf $\frac{4}{100}$ ist damit fortgefallen. Bei diesen Beamten steigt nunmehr das Ruhegehalt vom vollen Betrage 12. bis zum 27. Dienstjahre um je $\frac{1}{100}$ des Gehalts. Der Höchstsatz des Ruhegehaltes beträgt jetzt 2000 Mark. Auch das Witwengehalt kann durch Zahlung erhöht werden.

Eine Verpflichtung zur Gewährung von Ruhegehalt oder Hinterbliebenenbezügen für die nach Gemeindebeschlüssen den Beamten gleichwertigen ständigen Angestellten und Anwärtern schreibt das Gesetz nicht vor, schließt die Gewährung aber auch nicht aus.

Sämtliche Gemeinden und Gemeindeverbände haben auf Grund des Gesetzes alsbald eine Neuregelung der Bezüge ihrer Beamten vorzunehmen, auch wenn in neuerer Zeit eine solche Regelung schon stattgefunden haben sollte. Wo die Befoldungspläne den örtlichen Verhältnissen nicht entsprechen, haben die Aufsichtsbehörden von dem Rechte der Einspruchserhebung innerhalb der Frist von 4 Wochen, wo legend möglich jedoch alsbald, Gebrauch zu machen.

England und die russische Frage.

Die britische Regierung besteht auf der Unabhängigkeit Polens.

Vor der Vertagung des englischen Unterhauses bis Mitte Oktober hielt Lloyd George seine in der Presse angekündigte, mit größter Spannung erwartete Rede über die russisch-polnische Frage. Zuvor erklärte Bonar Law, daß die Regierungspolitik in der Frage des russisch-polnischen Krieges keine Veränderung erfahren habe. Wenn es sich herausstellen sollte, daß die russischen Bedingungen für Polen unaufrecht seien und wenn Rußland Bedingungen stellen würde, die mit der Unabhängigkeit Polens unvereinbar seien, würde die Regierung eine andere Politik durchzusetzen wissen, und es müßten dann Maßnahmen zur Verteidigung der Unabhängigkeit Polens getroffen werden. Vorläufig liege aber noch kein Grund vor, mit dieser Möglichkeit zu rechnen. Unter diesen Umständen werde die englische Regierung keinerlei Aktion unternehmen.

Die Erklärungen Lloyd Georges.

Dann nahm Lloyd George das Wort. In erster Linie besprach er die Kritik, die ständig an dem Völkerbund geübt werde, und sagte, der Völkerbund könne nicht in Tätigkeit treten, wenn nicht volle Einigkeit herrsche. Es sei ganz deutlich, daß nicht alle Alliierten derselben Meinung sein könnten, was die russische und polnische Frage angehe. Es wäre natürlich besser gewesen, die ganze Frage im Völkerbund anstatt im Obersten Kriegsrat zu besprechen. Rußland habe sich aber geweigert, eine Abordnung des Völkerbundes zu empfangen, und die russische Reaktion habe erklärt,

daß sie unter keinen Umständen eine Intervention seitens des Völkerbundes dulden könne. Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte Lloyd George, daß er und seine Kollegen ernstlich versuchten, den Frieden zu sichern, er hoffe bald in der Lage zu sein, dem Unterhaus nähere Einzelheiten mitzuteilen.

Die Sowjetvertreter Kamenew und Krassin dürften zur Fortsetzung der Wirtschaftsverhandlungen in London bleiben, unter der Voraussetzung, daß Sowjetrußland die Unabhängigkeit Polens nicht antaste. Die von Deutschland seit der Spaak-Konferenz abgelieferte Munition sei nicht an Polen ausgeliefert worden. Bezüglich des militärischen Vorgehens des Generals Wrangel äußerte Lloyd George, Wrangel sei von der englischen Regierung vor einiger Zeit klar und deutlich dahin verständigt worden, daß er für alle Angriffe gegen Sowjetrußland selbst die Verantwortung übernehmen müsse, für die Fortsetzung seiner Offensive stehe er infolgedessen auch persönlich ein. Schließlich wandte sich Lloyd George gegen die von dem Arbeitervertreter Glynne angekündigte „direkte Aktion“ der Arbeiter, falls die Regierung von ihrer Friedenspolitik abweiche.

Bezeichnenderweise haben es sowohl Lloyd George und Bonar Law als auch die Diskussionsredner vermieden, auf die russische Extratour

Frankreichs auch nur mit einer einzigen Silbe einzugehen. Auch in der englischen Presse wird die englisch-französische Meinungsverschiedenheit wie auf ein Kommando totgeschwiegen — das beste Zeichen dafür, daß der Gegensatz zwischen England und Frankreich noch lange nicht begraben ist. Soviel geht aus den Ausführungen der englischen Minister hervor, daß England sich von dem mit Frankreichs Hilfe unternommenen Abenteuer in der Krim völlig losgesagt hat und auch in der polnisch-russischen Frage nicht eingreifen will, falls Rußland seine Bedingungen nicht vom Grund auf verändert. Da auch Italien sich mit dem englischen Standpunkte einverstanden erklärt hat und die übrigen europäischen Staaten ihre Neutralität ausdrücklich betont haben, steht Frankreich völlig isoliert da. In diesem Zusammenhang verdient noch die Tatsache Erwähnung, daß man auf die persönliche Aussprache Millerands und Lloyd Georges in Vologne verzichtet hat. Schließlich sei auch die Meinung des „Echo de Paris“ erwähnt, wonach in diplomatischen Kreisen Washingtons die Meinung verbreitet sei, daß das Ende des Völkerbundes und eine Umgestaltung der Entente bevorstehe.

In Deutschland wird man diese Entwicklung mit großem Interesse verfolgen. Die Zukunft wird ergeben, ob auch unsere augenblickliche Lage eine Wessung erfahren wird. Vorerst wird man sich allerdings vor allzu kühnen Hoffnungen hüten müssen.

Die Russen im Korridor.

Keine Sowjets im besetzten Gebiet.

Nach einem dem Allensteiner „Volkblatt“ zugegangenen Bericht haben die am 13. August nachmittags in Soldau angedockten russischen Truppen eine örtliche Selbstverwaltung mit Ausschluß aller polnisch gesinnten Elemente eingesetzt. Ein Antrag der Soldauer Kommunisten auf Einführung der Sowjetverwaltung wurde von dem russischen Zivilkommissar abgelehnt, da sie für eine agrarische Bevölkerung nicht geeignet wäre. Ein großer Teil der im Kreise Reidenburg weilenden Flüchtlinge ist bereits heimgekehrt. Ein russischer Zivilkommissar traf am 14. August an der Grenze bei Koslau ein. Er erkundigte sich nach der Anzahl der in Allenstein befindlichen Truppen und fragte, wann die Entente-Kommission Allenstein verlassen werde. Er bat, möglichst bald den Eisenbahnverkehr mit Soldau wieder aufzunehmen und erklärte, daß die Russen den polnischen Korridor bis Danzig besetzen würden, um die Einfuhr von Waffen und Munition zu verhindern. Falls Danzig sich neutral verhalte, würde es nicht besetzt werden.

Das Soldauer Gebiet den Deutschen übergeben.

Ferner erklärte der Divisionskommandeur der in Soldau eingerückten russischen Truppen in der Soldauer Stadtverordnetenversammlung, er habe aus Moskau die funktentelegraphische Anweisung erhalten, das Soldauer Gebiet den eingewanderten Deutschen zu übergeben. Die Deutschen sollten ihrerseits für Ruhe und Ordnung sorgen, da Rußland sich nicht in die inneren Landesangelegenheiten einmischen werde.

Der Einzug der Russen in die deutschen Kreise Soldau und Lobau, die auf Grund des Versailler Friedensvertrages entgegen dem feierlich verkündeten Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes ohne jede Befragung der Bevölkerung den Polen überantwortet worden sind,

hat der der dortigen Bevölkerung bestimmte Hoffnungen auf die Befestigung des polnischen Korridors und vielleicht auch auf Wiedervereinigung mit dem deutschen Mutterlande geweckt. Während der wenigen Monate der Polenherrenschaft hat die treu deutschgesinnte Bevölkerung Unfugliches von den polnischen Gewalttätigen erdulden müssen. Die planmäßige Unterdrückung der deutschen Elemente sollte der Polonisierung der beiden Kreise die Wege ebnen. Zahlreiche altansässige Familien wurden durch die rücksichtslosen Schikanen der Polen von Haus und Hof getrieben, die geringfügigsten Übertretungen der polnischen Verordnungen wurden mit den schwersten Strafen geahndet und die deutsche Bevölkerung auf jede Art bedrückt.

Es ist daher mehr als begreiflich, daß die siegreichen Russen bei ihrem Eindringen in den polnischen Korridor als Befreier gefeiert und mit lautem Jubel und Hurrarufen begrüßt wurden. Wie aus Soldau berichtet wird, war die Stadt bei dem Einzug der Russen mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt und der fliehende Bürgermeister hat den einrückenden Truppen unter dem Jubel der Bevölkerung den Willkommensgruß entboten. Die Russen erwiderten diesen freundlichen Empfang, indem sie ihre Militärkapelle neben russischen Volksliedern deutsche Militärmärsche spielen ließen und ihr Kommandant erhob die Hand zum Schwur und erklärte feierlich: „Ich gelobe, daß wir dieses alte deutsche Land nicht eher wieder verlassen, als bis es Deutschland wieder zugesprochen wird.“ All diese Ereignisse haben die Deutschen in Soldau und Böhmen in ihrer Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zu Deutschland bestärkt. Genährt wird diese Hoffnung durch den Gegensatz im Entente Lager, der nach wie vor besteht, wenn auch die französische Presse sich die denkbar größte Mühe gibt, ihn so gut wie möglich zu vertuschen.

Es wäre aber nichts verfehlt, als aus der augenblicklichen Lage große Hoffnungen zu schöpfen. Die Kriegshandlungen im Osten sind noch lange nicht abgeschlossen. Kein Mensch kann voraussagen, welche Erfolge die neue Entlastungsoffensive der Polen gegen die linke Flanke und die rückwärtigen Linien der russischen Korridorarmee erzielen wird. Nach den neuesten polnischen Frontberichten haben die Polen die Ortschaft Ciechanow an der Bahnlinie Warschau—Soldau zurückerobert und dringen gegen Mawa vor.

Die Russen wollen sich in die deutsch-polnischen Beziehungen nicht einmischen.

Ferner müssen die angeblichen Versicherungen der einzelnen russischen Befehlshaber, den Korridor nicht eher zu verlassen, bevor das Gebiet an Deutschland zurückgegeben ist, als völlig unmaßgeblich bezeichnet werden. Die russischen Friedensbedingungen erkennen ausdrücklich die Unabhängigkeit Polens und die Unantastbarkeit seines Gebietes, also auch des Korridors, an. Wie unbegründet die Hoffnung auf die Hilfe der Russen ist, geht auch aus der Erklärung Kamenevs, des russischen Delegierten in London, hervor, in der er ausdrücklich betonte, daß die russischen Bedingungen für den Waffenstillstand und für die Friedenspräliminarien nichts enthalten, was die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen betrifft.

Die Entente besteht auf der Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze.

Die Sowjetregierung nimmt vor allem diese ablehnende Haltung ein, um die Anerkennung Sowjetrußlands durch England nicht zu gefährden. Sie weiß ganz genau, daß England die Verhandlungen in London sofort abbrechen würde, wenn Rußland die Befestigung des polnischen Korridors anstreben würde. England besteht ebenso wie Frankreich auf der Aufrechterhaltung des Versailler Friedensvertrages. Trotz der gegenwärtigen Spannung würden sich beide Staaten stets in Einigkeit zusammenfinden, wenn es sich um Deutschland handelt. Dafür bietet die letzte Entscheidung über die Weichselgrenze ein ganz bereites Beispiel. Deutsche Vertragsverletzungen im Osten werden zweifellos den Vormarsch der Alliierten ins Ruhrgebiet auslösen und zur Befestigung der wirtschaftlich wichtigsten deutschen Gebiete führen.

Es kann deshalb vor allzu kühnen Hoffnungen und Unbesonnenheiten nicht genug gewarnt werden. Deutschland muß sich, wie auch Reichsminister Dr. Simons im Reichstage ausführte, unbedingt an die Bestimmungen des Versailler Vertrages halten und die deutsche Neutralität im russisch-polnischen Kriege nach beiden Seiten hin aufrechterhalten. Jeder aktive Eingriff in die Entwicklung im Osten könnte uns im Augenblick nur schaden. Es bleibt uns heute nichts anderes übrig, als uns der Gewalt zu beugen und einer besseren Zukunft zu vertrauen. Die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit unseren deutschen Brüdern im Osten wollen wir nie aufgeben. Das Recht wird und muß einmal triumphieren.

Polnische Gegenangriffe.

Entlastungsoffensive für Warschau.

Wie der polnische Frontbericht meldet, hat die polnische Heeresleitung zu einer großen Gegenoffensive ausgeholt. Nach den vorliegenden Meldungen ist es den Polen gelungen, den russischen Angriff auf Warschau für den Augenblick zum Stehen zu bringen und die unmittelbare Bedrohung der Hauptstadt zu verzögern. Es ist jedoch kaum wahrscheinlich, daß sich das Kriegsglück durch diese Entlastungsoffensive nun wieder den Polen zuwenden wird, der bisherige Verlauf des polnischen Krieges spricht vielmehr dafür, daß der polnische Gegenstoß bald erlahmen wird und das endgültige Schicksal Polens und Warschaws nicht abzuwenden ist.

Erfolgreicher Vorstoß gegen Brest-Litowsk.

Der Hauptstoß der Polen richtet sich gegen den linken russischen Flügel östlich Warschau. Von Gora Kalwarja und der Weichselfestung Dombin (Zwanorod) aus erfolgte unter der Führung des Oberstkommandeurs Pilsudski ein harter polnischer Vorstoß, der anscheinend die Bahnlinie Siedlec—Brest-Litowsk zum Ziel hat und im Falle des Erfolges den stürmischen gegen Warschau vorgedrungenen Russen die ohnehin höchst mangelhaften rückwärtigen Verbindungen ab-

schneiden könnte. Bis Montagabend hatten die Polen bereits die Linie Garvolin—Jelechow (südlich von Ludow) erreicht, also den halben Weg zwischen Weichsel und Bug zurückgelegt und bedrohen ernstlich die Verbindung Siedlec—Brest-Litowsk. Einzelne russische Abteilungen, die südlich Warschau den Übergang über die Weichsel zu erzwingen suchten, wurden umzingelt. Der polnische Kampferbericht spricht von ansehnlicher Beute und zahlreichen Gefangenen. Die polnische Offensive soll schnelle Fortschritte machen.

Polnische Erfolge nördlich Warschaws.

Im Raume Plonsk und Modlin (Nowogeorgiewsk) nördlich Warschau haben die Polen ebenfalls eine Gegenoffensive in nordwestlicher Richtung eingeleitet, die sich nach dem Bericht der polnischen Heeresleitung trotz schwieriger Umstände günstig für Polen entwickelt. Ungeachtet der sehr schweren Verluste und des erbitterten Widerstandes der Russen, die auf diesem Abschnitt den polnischen Streitkräften zehn Divisionen entgegenwarfen, bewegen sich die polnischen Abteilungen auf der ganzen Linie vorwärts. Am Montag wurde die Stadt Ciechanow an der Bahnlinie Warschau—Mawa—Soldau genommen. Der Vorstoß in die linke Flanke der russischen Korridorarmee bedroht die rückwärtigen Verbindungen der Russen und kann sie unter Umständen zum schleunigen Rückzug aus dem Kessel nördlich der Weichsel zwingen, wenn es ihnen nicht in letzter Stunde gelingen sollte, den polnischen Gegenangriff aufzufangen und die Polen auf Warschau zurückzuwerfen.

Nach anderen Meldungen sehen die Russen ihren Vormarsch im polnischen Korridor fort. Böhmen ist von den Bolschewisten besetzt worden, die aus der Linie Strassburg—Lautenburg auf Graudenz vorgehen. Gofershausen ist von den Polen geräumt worden, die sich auf Graudenz zurückziehen.

Auch Vizzi Allmers war erregt. „Das war eine Unverschämtheit“, zürnte sie. „Solcher Nowdy!“ „Das war mehr als eine Unverschämtheit“, versetzte Vollhardt. „Der Patron hielt uns für unerfahrene Fremde und wollte mir das Paket unter dem Arm fortreißen. Viel hätte nicht gefehlt, so wäre es ihm gelungen.“

Das junge Mädchen war ganz blaß geworden. „Kann es eine solche Dreistigkeit geben, auf offener Straße einen solchen Überfall zu wagen?“

Vollhardt lachte schon wieder. „Es gibt noch größere Dreistigkeiten, liebes Fräulein. Sie wissen ja selbst, vorgestern Abend in Ihrem Hause.“

Er unterbrach sich und zog seinen Hut. Der Herr, der ihm entgegenkam, war der Baron Hellberg. Der kurzfristige Herr wurde erst durch Vollhardts Begrüßung auf das junge Paar aufmerksam. Er bot Vizzi die Hand.

„Welches Vergnügen, Sie hier zu treffen, Fräulein Allmers. Ist der Besuch, den Sie erwarteten, noch nicht eingetroffen?“ Sie erröte. „Nun, ich plaudere nicht zum Papa“, setzte er freundlich hinzu, „gute Unterhaltung, meine Herrschaften.“

„Er ist ein zu lebenswürdiger Herr, der Baron von Hellberg“, sagte Vizzi, als sie weiter gingen. „Wenn wir lauter solche Gäste im Hotel hätten.“

„Er ist vielleicht zu lebenswürdig“, antwortete Vollhardt unwillkürlich. „Seine Verbindlichkeit ist um eine Miliane übertrieben. Es ist, als ob er damit etwas bezweckte.“ Das fiel dem Kommissar ein und darum sprach er es aus.

Vizzi sah ihn erstaunt an. „Zu lebenswürdig finden Sie den Baron?“ fragte sie. „Kann ein Herr zu höflich sein?“

„Sie sagen, zu höflich, Fräulein Allmers! Sehen Sie, das ist es“, versetzte Vollhardt. „Höflichkeit ist für Bornehmlichkeit, wie sie der Baron zur Schau trägt, selbstverständlich. Aber bei zu großer Lebenswürdigkeit verliert die Bornehmlichkeit.“

Vizzi lachte hell auf. „Nun merke ich doch, was Geistes Kind Sie sind, Herr Fritz. Aber ich will weiter nichts sagen, sonst passiert uns noch mal etwas, bevor wir am Ziel unserer Wanderung angelangt sind.“

In fünf Minuten, die sie wortlos zurückgelegt

Gerüchte über den Fall Warschaws.

Die „Times“ berichtet aus Kowno: Der Stab der vierten Roten Armee in Wilna meldet, daß Warschau am 15. August durch die roten Truppen besetzt worden sei. In Warschau sollen unter den bolschewistischen Elementen im Zusammenhang mit diesem Ereignis große Demonstrationen stattgefunden haben.

Diese Meldungen und Gerüchte haben keinerlei Wahrscheinlichkeit für sich. Selbst die unmittelbare Bedrohung Warschaws kann nach den heutigen Meldungen über den Beginn der polnischen Entlastungsoffensive als beseitigt gelten.

Man wird die polnischen Siegesmeldungen ebenso wie die russischen Meldungen über die angebliche Einnahme Warschaws mit einiger Vorsicht aufnehmen müssen. Allen Anschein nach wird man den Fall Warschaws in den nächsten Tagen noch nicht erwarten dürfen. Der polnische Widerstand scheint sich verstärkt zu haben. Die Verteilungsoffensiven vor Warschau sind in den letzten Tagen stark ausgebaut worden. Die polnische Gegenoffensive ist offensichtlich unter Anleitung der französischen Generalstabsoffiziere erfolgt und hat wohl vor allem den Zweck, Einfluß auf die Minister Friedensverhandlungen auszuüben und den russischen Unterhändlern zu beweisen, daß die polnische Widerstandskraft noch lange nicht erlahmt und Polen noch lange nicht verloren ist.

Beginn der Verhandlungen in Minsk.

Nach Krasnauer Berichten hat am Montag die erste Begegnung der Waffenstillstandsdelegierten in Minsk stattgefunden. Nach gegenseitiger Prüfung der Vollmachten wurde von polnischer Seite sofort um die Bekanntgabe der russischen Vorschläge ersucht, welche mit einem eingehenden Bericht der Delegation durch einen Kurier schriftlich nach Warschau übermittelt wurden. Mit dem Eintreffen des Kuriers in Warschau wird erst für Mittwoch gerechnet, so daß vor Ende der Woche kaum eine Entscheidung in Minsk möglich sein wird. Die „Times“ erzählt, daß Radek zum Präsidenten der Sowjetdelegation für Minsk ernannt wurde.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 17. August 1920.

— In Fulda ist am Dienstag früh die Deutsche Bischofskonferenz unter dem Vorsitz des Kardinals Dr. Vertram eröffnet worden.

— Die Nachrichten über Truppenansammlungen im besetzten Anstehinschen Gebiet werden von amtlicher Seite als unzutreffend bezeichnet.

— In der Entwaffnungsaktion sind in der Provinz Hannover bisher rund 50 000 Gewehre von den Einwohnerwehren zusammengezogen und unbrauchbar gemacht worden.

— Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft ab 15. September? Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages nahm am Dienstag eine Verordnung mit 16 gegen 12 Stimmen an, wonach die Kartoffelzwangswirtschaft vom 15. September 1920 ab aufgehoben wird.

— Die Gehaltsrückstände der Altpensionäre und Althinterbliebenen. Durch das gleichzeitig mit dem preussischen Beamten-Dienstentlohnungsgesetz vom 7. Mai 1920 in Kraft getretene Beamten-Alterruhegehaltsgesetz haben die Bezüge der preussischen Altpensionäre und Althinterbliebenen eine zeitgemäße Aufbesserung erfahren. Der Entwurf eines entsprechenden Reichsgesetzes ist während der kurzen Sommerferien des Reichstages selber nicht mehr zur Beratung gekommen. Er soll nunmehr dem Reichstag sogleich nach seinem Zusammentritt im Herbst vorgelegt werden. Um aber den Altpensionären und Althinterbliebenen während der Übergangszeit über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach Möglichkeit hinwegzuhelfen, hat sich der Reichsminister der Finanzen schon im Mai damit verstanden erklärt, daß den Genannten neben den ihnen gesetzlich zustehenden Pensionen und Hinterbliebenen-gehältsrückständen ein Barzins in Höhe der Hälfte dieser

hatten, waren sie im Verkaufsbüro der großen Juweliersfirma. Vollhardt hat um eine Unterredung mit dem Chef des Hauses, und da Fräulein Vizzi Allmers, die hier schon gut bekannt war, ihn begleitete, wurde seinem Besuch sofort entsprochen.

Der bejahrte Herr, eine Autorität in seinem Fache, empfing seine Besucher sehr freundlich. Er gehörte zu den Gästen des Hotel-Restaurants zur Eisenmühlstrasse und kannte Vizzi schon seit Jahren. Er machte ihr ein Kompliment über ihr blühendes Aussehen. Dann fragte er geschäftlich: „Was schickt mir der Herr Papa?“

Vollhardt kannte den Kommerzienrat Freiberg von amtlichen Anfragen, die bei ihm gemacht worden waren, sehr gut, aber er hielt es nicht für zweckmäßig, seine Mäste fallen zu lassen. Er gab sich lediglich als Hotelangestellter und teilte den Zweck seines Kommens mit.

„Der Graf von Domines aus Brüssel, der im Hotel Allmers abgestiegen und, wie ich wohl annehmen darf, ein guter Kunde von Ihnen ist, bittet um ein Darlehen von 30 000 Mark auf dieses Diadem. Würden Sie geneigt sein, Herr Kommerzienrat, dieses Bitte zu entsprechen?“

„Papa bittet ebenfalls, dem Herrn Grafen gefällig zu sein, Herr Kommerzienrat“, fiel die junge Dame ein. „Das Diadem ist doch gewiß so viel wert.“

Der alte Herr warf unter seiner goldenen Brille nur einen Blick auf das Prunkstück. Dann sagte er lächelnd: „Es ist das Beste, was ich kenne. Das Diadem genau, denn es stammt aus meiner eigenen Werkstatt. Ich will auch dem Herrn Grafen gern gefällig sein, der in der Tat einer meiner Kunden ist. Aber er hat das Diadem nicht von mir gekauft, sondern der Großfürst Feodor Dimitrowitsch von Rußland. Ich sehe selbstverständlich keinen Zweifel in den rechtmäßigen Erwerb dieses Stückes durch den Grafen von Domines, und ich frage daher nur der Form wegen, es ist doch auch der Graf, der Ihnen dieses Kleinod ausgereicht hat.“

„Gewiß“, antworteten die beiden Besucher wie aus einem Munde, und Vollhardt fügte in bestimmter Absicht hinzu:

(Fortsetzung folgt.)

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Frand.

14) (Nachdruck verboten.)

„Der Herr Graf von Domines hat ja mit Ihnen schon davon gesprochen, daß er auf Diamanten bei unserem ersten Juwelier 30 000 Mark aufzunehmen wünscht. Es ist ein Diadem. Wollen Sie vielleicht die Güte haben, die Sache zu übernehmen? Am besten gleich, damit der Betrag sofort für den Witome zur Verfügung steht. Ich werde selbst so lange hier bleiben.“ Und er war froh, als Vollhardt sofort seinem Wunsche entsprach.

Es war ein Prunkstück, einer regierenden Fürstin würdig, das der Kommissar im Hotelbüro empfing. Vizzi Allmers war gerade dort anwesend, sie hatte sich die Kostbarkeit angesehen.

„Es ist wundervoll, Herr Fritz“, sagte sie voll Staunen, „so ganz für eine Königin bestimmt. Ich möchte es nicht tragen, ich würde die Angst nicht los, wenn ich solchen Schatz auf dem Kopfe tragen sollte. Da sind mir ein paar Blumen im Haar als Festschmuck lieber, und sie kleiden mich auch besser.“

„Sie haben recht, Fräulein“, lachte der Kommissar. Dann packte er das Diadem ein und setzte hinzu: „Wollen Sie mich vielleicht begleiten, Fräulein Allmers? Wenn man solche Kostbarkeiten unter dem Arm trägt, so ist es wirklich besser, man geht nicht allein. Der Zufall ist ein böser Gefelle. Ein Sturz oder ein Stoß unterwegs, und man weiß nicht, was folgt.“

Vizzi Allmers war nur zu gern bereit, mit zum Juwelier zu gehen. Vollhardt nahm das Paket unter seinen rechten Arm, und sie ging neben ihm auf seiner rechten Seite. Sie plauderten vergnüglich. Als sie einen Straßendam überquerten, fuhr ein Rasfahrer so scharf auf sie los, daß sie schnell auseinander gehen mußten. Um ein Haar breit hätte der Kommissar das Paket fallen lassen.

Er rief eine Verwünschung aus. „Hol der Geier diese Bursche!“ schalt er. „Man kann wirklich nicht vorsichtig genug sein.“

Wegge als Versuch auf die in Aussicht stehenden höheren gesellschaftlichen Gebührengelastet wird. Die Zahlungen erfolgen von Amts wegen, also ohne Antrag und ohne Befreiung des Bedürfnisses.

Das Verbot der „Orgesch“. Dem Magdeburger Oberpräsidenten ist vom preussischen Minister des Innern folgendes Telegramm zugegangen: Die am 14. Juli erlassene Anweisung, gegen private Selbstschutzorganisationen vorzugehen, wird nachdrücklich wiederholt. Die Bildung der Orgesch ist ein Verstoß gegen die Verfügung des Staatsministeriums, betreffend die Auflösung der Einwohnerwehren und daher ungesetzlich. Gegen die Orgesch und ähnliche Vereinigungen ist mit Verbot oder Auflösung vorzugehen.

Angänge zum jüngsten Dorts-Zwischenfall.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat am 12. August an den deutschen Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Amtsenthebung und Ausweisung des Regierungspräsidenten Dr. Mommsen und des Polizeipräsidenten Dr. Wittenberg wegen der Verhaftung Dorts verfügt und dies damit begründet, daß diese Beamten die Tatsachen hätten bekannt sein müssen, die der Verhaftung Dorts vorangegangen sind und sie begleiteten. Es handelt sich, so sagt die Kommission, um eine grobe Nachlässigkeit in der Wahrung der öffentlichen Ordnung.

Deutschlands Opfer im Weltkriege.

Auf Grund der neuesten Ermittlungen betragen, wie das Organ der deutschen Kriegervereine mitteilt, die deutschen Verluste an Toten im Weltkriege: Landheer: 1.718.608, Marine: 24.726, dazu treten — als wahrscheinlich tot — Vermisste: 5007, insgesamt 1.723.331.

Der Vormarsch der Russen geht weiter.

Wie der „Nationalzeitung“ gemeldet wird, ist in dem russischen Vormarsch keine Störung eingetreten. Die Spitzen der in Nordwestpolen gegen Graudenz und Thorn vordringenden russischen Truppen hatten am Montag die Gegend westlich Dobryń und Lipno erreicht. Polische Kavalleriepatrouillen stehen hier auf westpreussischem Gebiet. Eine russische Kavalleriepatrouille beschoß vom Nordufer der Weichsel aus den Südufer des Flusses von Warschau nach Thorn saßenden Schnellzug. Die Polen gehen in diesem ganzen Abschnitt auf die Weichsel zurück.

Die in südlicher Richtung gegen Warschau operierenden Teile der russischen 4. Armee stehen bei Rastaw und südlich von Plonsk in heftigem Kampfe mit den Polen, die zwischen Nowogeorgiewsk und Radzymin eine Brückenkopfstellung eingerichtet haben. Die russische Artillerie beschießt die nördlichen Befestigungswerke und Infanterie-Zwischenstellungen von Nowogeorgiewsk.

Noch keine Einigung im Saargebiet. Die Verhandlungen zwischen der interalliierten Rheinlandkommission und der Hauptstreikleitung sind auf einem toten Punkt angelangt. Die Regierung läßt sich auf weitere Verhandlungen nicht mehr ein. Von der hauptsächlichen Forderung: Gleichstellung der staatlichen und städtischen Beamten mit den rechtsrheinischen Beamten, will die Regierung nichts wissen. Die Meldungen, daß die Forderungen der Beamten erfüllt werden dürften, wären verfräht. Die Entscheidung darüber, ob die gestrichelten Redakteure wieder zurückkommen können, wird in zwei Tagen fallen. Bisher ist alles ruhig. Die Frage, ob ein Generalstreik ausbrechen soll, dürfte sich bald entscheiden.

Die Wahrung der Neutralität Oberschlesiens. Sämtliche freien Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien Oberschlesiens beriefen für Dienstag Einspruchsversammlungen ein zur Abwehr der Versuche einer Neutralitätsverletzung Oberschlesiens. Die Gewerkschaften und Eisenbahner fordern ein Verbot aller nicht kontrollierten Munitions- und Truppentransporte. Sämtliche Betriebsräte haben diese Forderung aufgestellt. Sollte die Forderung zur Sicherung der Neutralität Oberschlesiens nicht angenommen werden, wird der Allgemeinausstand in Oberschlesien angedroht.

Rundschau im Auslande.

Der sächsische Kommunist Hölz wird als geisteskrank in einem Sanatorium bei Prag interniert.

Der russische Waffenstillstand mit Finnland ist auf 31 Tage abgeschlossen und läuft, falls er nicht von einer Regierung mit zehntägiger Frist verlängert wird, weiter fort.

Der nach England gebachte kreuzförmige Erzbischof Mannix ist zusammen mit seinem Sekretär plötzlich verschwunden. Er hat sich vermutlich unter Umgehung des englischen Verbotes nach Irland begeben.

Frankreich: Ein Randstaatenbund gegen Sowjetrußland.

Eine Kommission beim französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten fordert alle baltischen Staaten, ferner Polen und die Staaten des Kaukasus und der Arim auf, ihre politischen Bestrebungen darzulegen und ihre Vertreter zu einer Beratung über ein gemeinsames Bündnis nach Paris zu schicken. — In Kowno ist nach einer eigenen Prädiktion nichts von dem Zusammentritt einer solchen Konferenz bekannt.

England: Die „direkte Aktion“ der britischen Arbeiter.

Die englischen Arbeiter haben unter der Führung „Keine Gemischung in Rußland“ einen Aktionsausmarsch ins Leben gerufen, der jede militärische Intervention in Rußland zu Lande oder zur See vereiteln soll. Ueberall werden drückende Vereinigungen gegründet, die dem Londoner Ausschuss über die Herstellung von Munition und über alle Transport- und ihre Bestimmungen Berichte liefern sollen. Der Aktionsausschuss hält seine Arbeit erst dann für erledigt, bis folgende Ergebnisse erzielt sind:

1. Die vollständige Sicherstellung, daß Großbritannien keine Truppen brauchen wird, um Polen, Estland oder irgend eine militärische Unternehmung gegen die Sowjetregierung zu unterstützen.

2. Zurückziehung aller britischen Streitkräfte zur See, die damit beschäftigt sind, eine direkte oder indirekte Blockade gegen Rußland anzuwenden.

3. Anerkennung der Sowjetregierung und Wiederherstellung unbeschränkter Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und Rußland.

Eine große Arbeiter- und Gewerkschaftsversammlung in London lehnte jedwedes Bündnis und jede Bundesgenossenschaft zwischen Großbritannien und Frankreich oder irgend einem anderen Lande ab, die England verpflichten

würde, vorange oder gegen zu unternehmen oder über Kriegsgüter für Angriffe auf Rußland zu liefern. Die Versammlung ermächtigte den Ausschuss, den Generalstreik in jeder nur denkbaren Form zu veranlassen, falls die Umstände es nötig machen sollten, den dargelegten Standpunkt klar zu machen.

Die englische Regierung hat dem Aktionsausschuss scharfen Kampf angesagt. Lloyd George nannte den Ausschuss bei seiner letzten Unterhausrede die schlimmste Herausforderung, die jemals an die Demokratie gerichtet wurde. Die Regierung werde sie ohne Zögern zurückweisen; sie habe alles getan, um den Frieden zu erhalten. In Frankreich befürchtet man eine Ausbreitung der Bewegung auf Frankreich und Belgien, zumal, da die Verwaltung des internationalen Transportarbeiterverbandes einen dringenden Appell an alle Transportarbeiter, Eisenbahner und Matrosen der Welt gerichtet hat, sich überall zu weigern, Kriegsgüter zu befördern, das gegen Rußland verordnet werden solle und von der kapitalistischen und imperialistischen Regierung.

Aus Stadt und Land.

Heimkehr von Kriegsgefangenen über die Ostsee. Frithjof Ransen teilt der „Ostseezeitung“ auf Anfrage mit, daß seit Mai insgesamt 15.000 Kriegsgefangene in Narwa angekommen sind. In der Ostsee werden 13 Schiffe für den Transport der Gefangenen verwendet, wobei jedes Schiff auf der Rückreise nach Narwa russische Gefangene mitnimmt. In den letzten Wochen wurden über die Ostsee insgesamt 25.000 Gefangene befördert.

Judenfeindliche Kundgebungen in Swinemünde. Auf der Strandpromenade in Swinemünde kam es am Sonntagabend zu Kundgebungen mit jüdenfeindlicher Tendenz, an der sich laut „Berliner Tageblatt“ auch Reichswehrsoldaten und Marineangehörige beteiligten haben sollen. Eine große Menge zog vor die vollbesetzten Vergnügungslokale, wo Vaterlandslieder gesungen und Drohungen gegen die jüdischen Badegäste ausgesprochen wurden. Der Polizei gelang es durch sofortige Schließung der Lokale, die Ansammlungen zu zerstreuen. Ähnliche Kundgebungen haben in der letzten Woche mehrfach stattgefunden. Hunderte von Kurgästen haben infolgedessen Swinemünde vorzeitig verlassen. Der Badebetrieb, der eine ausgezeichnete Saison verbrachte, schien mehr oder weniger lahmgelegt zu werden. Deshalb wandten sich die in den Strandbetrieben und Hotels beschäftigten Personen, Kellner, Musiker und andere Angestellte an die Gewerkschaften in Swinemünde und baten um deren Einschreiten. Montagabend vor dem Kurhaus auf der Strandpromenade eine große Demonstrationssammlung statt, die sich aus Tausenden von Arbeitern und Beamten zusammensetzte. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall. Da das Stadtkommando Maßnahmen getroffen hat, die eine Wiederholung der Vorfälle ausschließen, ist auf den unge störten weiteren Verlauf des Badelebens zu rechnen.

Der vierfache Mord in Jernitz. Das Verbrechen in dem Dorfe Jernitz bei Neuhagen an der Dosse, dem vier Personen zum Opfer fielen, geht seiner völligen Aufklärung entgegen. Die Vermutung, daß als Täter der Sohn und Bruder der Ermordeten, der 21-jährige Streckenwärter Paul Strogall in Betracht komme, hat sich bestätigt. Er hat bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter in Neuruppin ein volles Geständnis abgelegt. Paul Strogall hat aus Eifersucht seinen um zwei Jahre älteren Bruder als den glücklicheren Bewerber um die Gunst desselben Mädchens aus dem Wege räumen wollen.

Geldraub in der Reichsbank. Ein schwerer Diebstahl ist in den Räumen der Reichsbank in Berlin verübt worden. Zwei Postbeamte hatten das überschüssige Geld eines Amtes, das in drei Säcken verpackt war, abgeliefert. Während der eine mit der Bewachung des Geldes beauftragte Unterbeamte mit einem anderen Beamten desselben Postamtes sprach, hat ein unbekannter eintr den auf der Erde stehenden Beutel an sich genommen und ist damit verschwunden, ohne daß der Diebstahl bemerkt wurde. In dem Geldbeutel befanden sich 143.000 Mark in Papiergeld, und zwar für 95.000 Mark Fünfundzwanzigmarkscheine, für 18.000 Mark Tausendmarkscheine und der Rest in kleineren Geldscheinen. Ein ähnlicher Diebstahl in der Reichsbank, und wahrscheinlich auch von dem gleichen Täter, ist vor ungefähr acht Wochen verübt worden. Der Dieb erbeutete damals einen Geldsack mit 20.000 Mark. Es ist bis jetzt nicht gelungen, des Diebes habhaft zu werden.

175 Flaschen Gift aus der Berliner Universitätsklinik gekohlen. In einem Laboratorium der Berliner Universitätsklinik ist vor einigen Tagen ein Einbruchsdiebstahl verübt worden. Die Diebe erbeuteten zwei Spektroskopapparate sowie verschiedene Mikroskope. Eine schwere Gefährdung der Allgemeinheit jedoch ist dadurch entstanden, daß den Dieben 175 Flaschen mit Gift in die Hände fielen. 50 Flaschen davon enthalten „stärkstes Gift“, von dem ein Fünftausendstel Gramm genügt, um einen Menschen zu töten. Das Gift ist völlig geruchlos und geschmacklos. Der Diebstahl muß von Leuten ausgeführt sein, die um den Inhalt der Flaschen wußten, da sie sie aus der großen Menge von Medikamenten herausgesucht haben. Die Gefährdung der Öffentlichkeit aus der Tatsache, daß eine solche Menge todtbringenden Stoffes nun in den Händen von Verbrechern ist, ist schwer auszubedenken.

Der Berlin-Schneidemühl Personenzug entgleist. Der aus der Strecke Berlin-Schneidemühl verkehrende Personenzug 306 ist auf Station Golzow infolge falscher Weichenstellung entgleist. Der Geistesgegenwart des Lokomotivführers und Heizers ist es zu verdanken, daß nur drei Wagen aus dem Gleise sprangen und nicht die Böschung hinabstürzten. Verluste an Menschenleben und Materialschaden sind nicht entstanden. Da die Hebung der Wagen längere Zeit in Anspruch nehmen wird und die beiden Gleise gesperrt sind, kann der Verkehr nur durch Umsteigen und mit Verzögerungen aufrechterhalten werden.

Verhaftung eines polnischen Verboffiziers. Ein polnischer, in Polen tätiger Agent, und zwar ein polnischer Verboffizier, trat in der letzten Zeit in der Schweidnitzer Gegend auf und vollzog Werbungen für die polnische Armee, ohne daß es gelang, seiner habhaft zu werden. Nunmehr hat man in der Waldenburger Gegend seine Spur aufgefunden und das organisierte Verboffizier in Dittersbach ausgehoben. Im Zusammenhang erfolgte damit auch die Verhaftung eines weiteren Mannes, der sich soeben hatte anwerben lassen, nachdem er bei einer Arma Unteroffiziersanwärter begann

gen hatte und nach Polen verschwinden wollte. Sämtliche Verhaftete wurden in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. — Sonntag Nacht wurde eine Versammlung heimtücklicher Oberschlesier in Siles (Kreis Pleß) mit bewaffneten Überfällen. Zwei Teilnehmer der Versammlung wurden getötet. Die Täter sind entkommen.

Die Beladung deutscher Schiffe in England. Die Hafenbehörde in Ramsgate beschloß trotz der feindlichen Kundgebungen ehemaliger Soldaten, die beiden in Hafen liegenden deutschen Schiffe mit Koks für Anemerk beladen zu lassen. Ein Teil des Hafens wurde mit Stacheldraht abgesperrt, um Störungen zu verhindern.

Volkswirtschaftliches.

Milliardenumsätze im Postverkehr. Der durch den Uebergang der Postverwaltungen in Bayern und Württemberg seit dem 1. April einheitliche deutsche Postverkehr hat nach den jetzt vorliegenden Berichten im Mai 1920 eine gewaltige Steigerung zu verzeichnen. Während sich der Zugang im April auf 10.818 Postcheckkunden belief, erreichte er im Mai die Zahl von 15.790, also ein Mehr von rund 33 Prozent. Die Zahl der Postcheckkunden wurde Ende Mai auf 495.923 gegen 480.133 Ende April ermittelt. Der Umsatz stellte sich auf 53.971 Milliarden, von denen 42.086 Milliarden (im Vormonat 41,2) bargeldlos beglichen wurden.

Die Ruhrkohlenförderung Juli 1920. Die Ruhrkohlenförderung betrug im Juli d. J. 7.564 Millionen Tonnen gegen 7.454 im Vormonat, oder arbeitstäglich 304.246 Tonnen gegen 280.154 Tonnen. Der Juli hatte 27 Arbeitstage, der Juni dagegen 24½. Die Halbenbefände auf den Bahnen waren anfangs August auf 114.000 Tonnen zurückgegangen.

Brunkohle statt Steinkohle. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Umstellung der deutschen Industrie auf den Verbrauch von Brunkohle statt der bisher fast ausschließlich benutzten Steinkohle im Gange ist; u. a. will z. B. auch Krupp Teile seiner Betriebe auf Verwendung von Brunkohle umstellen. Natürlich sind vorher die Kesselanlagen entsprechend umzuändern. Die Kohlenabfuhrungen an die Entente in dem in Spaa vereinbarten Umsfange gehen glatt von statten. Sie werden begünstigt durch die gegenwärtig noch gute Transportlage und auch durch die allgemeine Absatzsteigerung auf dem Warenmarkt.

Berlin, 17. August. (Börse.) Die Börse beobachtete im Zusammenhange mit den Vorgängen im Osten größere Zurückhaltung und das umso mehr, als die Markt eine neuere Abschwächung erfahren hat, woraus man den Schluß ziehen zu müssen glaubte, daß das Ausland den Einfluß der Ereignisse im Osten auf Deutschland weniger günstig beurteilt. Der Preis für ein Zwanzigmarkstück in Gold stieg heute auf 220 bis 223 Mark.

Berlin, 17. August. (Warenmarkt.) Hafer sofort abzuladen 127—131, Roggenstroh und Preßstroh 9—10, Mais schinestroh 7—8, Hähnel 13—15, Weizenheu 20—25, Heubheu 26—30, Altsheu 31—35, Widen und Weizenheu 36 bis 100, Altsbohnen 115—125, Viktoriaerbsen 140—185, kleine Erbsen 100—130, Raps 260—265, Mohn 350, Senf 50 für 50 Kilo als Verladung.

Locales und Provinzielles.

Gemeindevertretung. In der Dienstagsitzung der Gemeindevertretung führte der Herr Beigeordnete die Geschäfte. 1. Neuwahl eines Mitglieds zum Wohnungsausschuss an Stelle des Maurermeisters Ludwig. Wohnungsbau- und Grundbesitzer-Verein sowie der Mieter-Verein hatten in der vorigen Sitzung auf Aufforderung je 4 Mitglieder ihres Vereins zur Wahl der Wohnungskommission vorgeschlagen. Während aus der Liste der Mieter die beiden erstgenannten Herren glatt gewählt wurden, wählte man aus der Liste der Hausbesitzer die beiden letztgenannten. Darüber entschied im Haus- und Grundbesitzer-Verein wohl berechtigtes Kopfschütteln. In der heutigen Sitzung wollte man die an erster Stelle Genannten wieder übergehen. Doch einigte man sich nach längerer Debatte auf die Person des Herrn Wilhelm Schreiner, welcher dann auch einstimmig gewählt wurde. Hoffentlich wird nur die neue Wohnungskommission ihre Sitzungen bald aufnehmen können. 2. Beschlussfassung über die Neueinrichtung einer Assistentenstelle. Vor einiger Zeit hatte der Gemeinde die Neueinrichtung einer solchen Stelle beschloffen, obwohl hierzu nur die Gemeindevertretung zuständig ist. Heute wird dieser Beschluss nachgeholt und zwar mit knapper Majorität. 3. Beschlussfassung über den Zusammenschluss der Stadt Wiesbaden mit hiesiger Gemeinde bezüglich gemeinschaftlichen Tragen der durch Unruhen verursachten Schäden wurde nochmals ausgesetzt. 4. Herr Ludwig Schmidt war eingetroffen um Erhöhung der Fuhrlohn des Gemeindefuhrwerks. Die Gemeinde zahlt pro Stunde für Einpänner 7 Mk. für Doppelpänner 10 Mk. Heute nehmen die Fuhrwerksbesitzer 16 bzw. 28 Mk. Die Taxe für das Gemeindefuhrwerk wurde demgemäß auf 10,50 und 15 Mk. erhöht. 5. Herr August Pfaff war vorübergehend geworden um Erlaß der Kartensteuer für den Erlös aus dem Kirchenkonzert. Es wurde beschlossen, den Veranlassern die Zufuhrkeitssteuer zu erlassen, die Kartensteuer aber zu erheben. 6. Herr Georg Kraus erbat Erhöhung der Vergütung für das Zerkleinern der dicken Waldsteine 80 Mk., der kleinen 20 Mk. per Kubikmeter. Ferner wurde das jetzthin ergangene Verbot eingehend besprochen. Es wurde entschieden, Front gemacht gegen den Verkauf von feineren Backwaren durch die Bäcker, wenigstens für die Zeit, in welcher unser Brot so ganz gerinawertig ist. Die Verteilung der Raten wird als unerlässlich hingestellt, da sonst die Weizenrente fürs nächste Jahr vollauf gefährdet erscheint. Die Kreisbauernschaft will hierzu Stellung nehmen. Zum Schlusse wurde nochmals der Ausbau der Dächauerischen Straße einer Besprechung unterzogen.

Kadefahr-Club 1900. Zu unserem Artikel in der Dienstag-Nummer möchten wir noch ergänzend nachholen. Die Festsitzung unterhand dem Vorstehenden Herrn Karl Gros. Kampfrichter waren folgende Herren: Karl Bauscher, Karl Blumkuchen, Karl Reinschank, Andr. Spengler von Frankfurt a. M., Karl Länger, Georg

